

Landshuter Zeitung am 01.03.2018

„Amt für Migration“

Lieber Taten als Worte sprechen lassen

Geräuschlos und effektiv: 13 Monate Amt für Migration und Integration

Von Stefan Klein

Viel hat die breite Öffentlichkeit vom Amt für Migration und Integration, kurz AMI, bislang noch nicht mitbekommen. Dabei hat das Amt am 1. Februar bereits seinen ersten Jahrestag – wenn auch nicht gefeiert – auf jeden Fall begangen. Die geringe Publizität ist für Amtsleiter Thomas Link jedoch alles andere als ein Problem. Ganz im Gegenteil: Mittlerweile könne Landshut „als Musterbeispiel“ dafür gelten, dass für eine gelingende Integration viele Akteure eine Rolle spielen (müssen) – und dabei komme dem AMI eine entscheidende Aufgabe zu.

Das Amt nehme „die Rolle ein, die in Landshut noch gefehlt hat“: „Wir sehen uns als Motor, als Dreh- und Angelpunkt für alles, was im Bereich Integration existiert“, sagt Link. Dabei sei die Zusammenarbeit mit dem Migrationsbeirat, dem Netzwerk Integration und der Koordinierungsstelle sowie den Communities verschiedener Volksgruppen, die sich immer zahlreicher organisieren, von besonderer Bedeutung. „Wie Zahnräder, die ineinandergreifen“, so der Amtsleiter.

Das ergibt auf Anhieb Sinn, schließlich gibt es das Netzwerk Integration bereits seit 2005, während der Beirat für Migration und Integration 2009 seine Arbeit aufnahm. Die Notwendigkeit eines städtischen Amtes für Integration war und ist dennoch unbestritten. Gerade vor dem Hintergrund, dass, laut Link, in den vergangenen drei, vier Jahren noch einmal etwa 3500 Menschen ohne deutschen Pass in die Stadt gezogen sind. Laut statistischem Jahresbericht leben derzeit rund 12000 Ausländer aus 135 Ländern und insgesamt ungefähr 20000 Menschen mit Migrationshintergrund in Landshut.

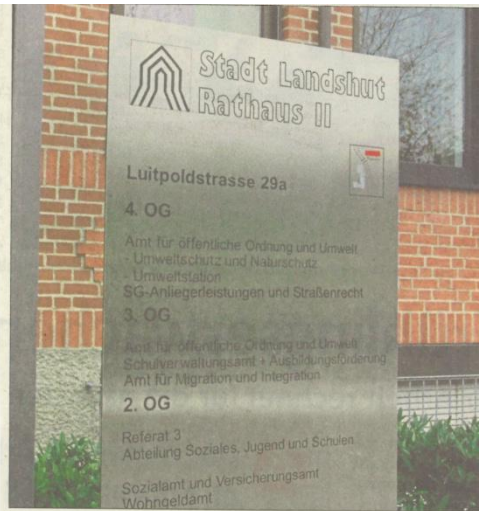
Das AMI basiert auf der „Stabsstelle Flüchtlingskoordination“, mit der die Stadt auf die Flüchtlingskrise reagiert hatte. Thomas Link musste diese anfangs weitgehend als Einzelkämpfer bestreiten. Den Verantwortlichen sei bald klar geworden, „dass das nicht lange gut gehen kann“, sagt er. So kam nach

und nach Personal dazu, das sich mit viel Engagement der Unterbringung der Flüchtlinge widmete. Im Verlauf des Jahres 2016 habe es irgendwann keine Neuzuweisungen von Flüchtlingen nach Landshut mehr gegeben. Zumindest die Notunterkünfte konnten schließen. So habe sich zum Jahreswechsel 2016/17 abgezeichnet, dass ein Migrationsamt, dem auch der neue Oberbürgermeister Alexander Putz nahegestanden habe, ein (ganz) anderes Aufgabenspektrum habe müsse, als sich „nur“ mit Flucht und Flüchtlingen zu beschäftigen. Obwohl dies selbstverständlich nach wie vor dazugehört.

Erst Bericht, dann Integrationskonzept

Nach der Etablierung des neuen Amtes habe man schnell festgestellt, dass es „notwendig ist, den Ist-Stand gründlich zu evaluieren“. Dabei seien ihm auch seine vorhandenen Kontakte zupass gekommen, so Link. „Ich habe erst mal mit allen Vertretern der anderen kreisfreien Städte telefoniert, um zu erfragen, was die im Bereich Integration haben und tun.“ Hinzu kamen die vorhandenen statistischen Daten. Sinn der Übung: Herauszufinden, „was ist notwendig, was braucht man, wo kann sich die Stadt heraushalten“. Aus dieser Ist-Analyse, die in Berichtsform voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 2018 veröffentlicht wird, soll bis Ende 2018 oder Anfang 2019 ein Integrationskonzept entstehen, ein Handlungsleitfaden, für den man auch die Unterstützung externer Experten und vor allem die Meinung der Bürger hinzuziehen wird. „Auf dem wird dann die Arbeit der nächsten Jahre aufbauen“, sagt Link.

Konkrete Vorstellungen dazu hat er bereits heute: „Kein Klein-Klein, kein Verzetteln in vielen kleinen Aktionen.“ Was nicht heißt, dass das AMI nicht schon an zahlreichen Projekten beteiligt wäre beziehungsweise selbst Projekte angeschoben hätte. Wie etwa den kostenlosen Mieterqualifizierungskurs für Neuzugewanderte, speziell Menschen mit Fluchthintergrund, in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen



Noch geraume Zeit ist das Amt für Migration und Integration im „hinteren“ Rathaus II untergebracht. Der Umzug in eigene Räumlichkeiten soll 2020 erfolgen. Foto: skl

ligen-Agentur Landshut (fala). „Wir schustern den Leuten keine Wohnungen zu, sondern helfen, das Manko ‚Flüchtling‘ auf dem Wohnungsmarkt durch Eigenleistung auszugleichen“, erläutert Link. „Das bedeutet helfen, ohne die soziale Gewichtung in der Bevölkerung zu verschieben.“ Dazu kommt das Tagesgeschäft, wie die Betreuung von Bewohnern in dezentralen Unterkünften, für die das Amt zuständig ist, die Unterstützung von Organisationen, Vereinen, Familien und Einzelpersonen mit Migrationshintergrund oder als Ansprechpartner der Regierung.

In dieser Eigenschaft ist Link „sehr dankbar“, dass es gelungen ist, die neue Unterkunft in der Wittstraße, die ursprünglich als Gemeinschaftsunterkunft geplant war, künftig als Übergangwohnheim zu nutzen. Dessen Bewohner haben im Gegensatz zu denen aus Gemeinschaftsunterkünften einen gesicherten Aufenthalts-Status, können sich also selbst eine Wohnung oder eine Arbeitsstelle suchen. Mit dieser Umwidmung kann das bisherige Übergangwohnheim in der Niedermayerstraße aufgelöst werden, das zwischen zwei Gemeinschaftsunter-

le gehen können.

Integrationshaus läuft „hervorragend“

Kaum oder gar nicht dringt dagegen an die Öffentlichkeit, wenn etwas reibungslos funktioniert. Wie das Integrationshaus in der Podewilsstraße mit seinen 60 Bewohnern, das seit Anfang 2016 „hervorragend läuft“, so Link.

Der Amtsleiter und seine Mitarbeiter – die Integrationsbeauftragte Sandra Lünstedt, Teamleiterin Flucht Christopher Corneau, ein Objektverwalter und ab März eine Sozialpädagogin – stehen gleichwohl schon vor der nächsten Herausforderung: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge dürfen, sobald sie volljährig werden und bereits anerkannt wurden, nicht mehr in dezentralen oder Gemeinschaftsunterkünften wohnen. In Landshut fallen etwa 50 Personen in diese Gruppe. Ein Modellprojekt, ein Haus, „wo sie zeitweise betreut, aber ein Stück selbstständiger leben können“, stößt im Ministerium noch auf zögerliche Resonanz. Wo sie künftig wohnen sollen, werde daher noch eine „spannende Frage“, so Link.

künften liegt. Der Vorgang hatte vergangene Woche für erhebliches Aufsehen gesorgt: Ein Teil der Bewohner der Niedermayerstraße, die in die Wittstraße umziehen sollen, zeigten sich damit nicht einverstanden, da sie befürchten, erneut aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen zu werden (die LZ berichtete). Dabei hatte Link sich unter anderem dafür eingesetzt, dass die grundschulpflichtigen Kinder weiterhin in Auloh zur Schu-